

Betreff Stellenbesetzungsverfahren vorab der Genehmigung des Haushalts 2022/2023 durch die Aufsichtsbehörde

Dezernat/e V

Bericht zum Beschluss

Nr. vom

Erforderliche Stellungnahmen

- Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
- Kämmerei
- Frauenbeauftragte nach HGIG
- Frauenbeauftragte nach HGO
- Sonstiges

- Rechtsamt
- Umweltamt: Umweltprüfung
- Straßenverkehrsbehörde

Beratungsfolge

- Kommission
- Ausländerbeirat
- Kulturbeirat
- Ortsbeirat
- Seniorenbeirat

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

- nicht erforderlich erforderlich

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

- Tagesordnung A Tagesordnung B

Umdruck nur für Magistratsmitglieder

Stadtverordnetenversammlung

- nicht erforderlich erforderlich

- öffentlich nicht öffentlich

wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Anlagen nichtöffentlich

A Finanzielle Auswirkungen

22-V-36-0007

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind

- keine finanziellen Auswirkungen verbunden
 finanzielle Auswirkungen verbunden (→ in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün

Prognose Zuschussbedarf

abs.: 9.936.078,54 €

in %: 13,4

II Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist)

abs.:

in %:

III Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten budgettechnische Umsetzung

Typ	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten	...davon APL/ÜPL	Finanzierung (Sperr, Ertrag)	Kontierung (Objekt und Konto)
EH	2022	Personalkosten 3605	60.350 €			KST 1300158, SK 630098
EH	2022	Personalkosten 360001, 3608	83.000 €			KST 1300235, SK 630098
Summe einmalige Kosten:			143.350 €			
Summe Folgekosten:						

Bei Bedarf Hinweise | Erläuterung (max. 1.500 Zeichen)

Siehe auch die Sitzungsvorlagen 21-V-36-0013 und 21-V-36-0014

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Zur Umsetzung der gesteckten Klimaziele ist es notwendig, Stellenbesetzungsverfahren im Umweltamt vorab der Genehmigung des Haushalts 2022/2023 durch die Aufsichtsbehörde einzuleiten.

C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- 1.1 dem Umweltamt im Haushalt 2022/2023 im Fachbereich 3605 mit STVV-Beschluss Nr. 0763 vom 16.12.2021 (SV 21-V-36-0014) 1 VZÄ mit dem Stellenwert A11 BEAHE zugesetzt wurde,
- 1.2 dem Umweltamt im Haushalt 2022/2023 mit STVV-Beschluss Nr. 0648 vom 16.12.2021 (SV 21-V-36-0013) 1 VZÄ mit dem Stellenwert E13 TVöD (360001) und 1 VZÄ mit dem Stellenwert E9a TVöD (3608) zugesetzt wurden,
- 1.3 für die zugesetzten Stellen Mittel im Haushalt 2022/2023 zur Verfügung gestellt wurden,
- 1.4 eventuelle Personalmehrkosten durch Einsparungen im Personalbudget durch noch nicht besetzte Stellen gedeckt werden können.

2. Es wird beschlossen, dass

unmittelbar nach Beschlussfassung über diese Vorlage durch den Magistrat, vorab der Genehmigung des Haushaltes 2022/23, die Stellenbesetzungsverfahren einzuleiten sind. Die Planstellen können vorab der Genehmigung des Stellenplans durch die Aufsichtsbehörde schnellstmöglich (ab dem 01.07.2022 oder später) besetzt werden.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Zur Aufgabenerledigung im Produktbereich Natur und Landschaft - Untere Naturschutzbehörde bedarf es einer zusätzlichen Stelle zur zeitnahen Aufarbeitung von Verwaltungsverfahren im Rahmen von Antrags- und Zulassungsverfahren, bei ungenehmigten Eingriffen sowie zur Durchführung von Ordnungswidrigkeitenverfahren bei Verstößen gegen naturschutzrechtliche Gesetze, Rechtsverordnungen und Satzungen.

Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung wurden dem Umweltamt in den Jahren 2022/2023 insgesamt rund 20 Mio. Euro als Klimabudget (ehemals Klimatopf) zur Verfügung gestellt. Allein in 2022 beträgt die Zusetzung an das Umweltamt im Ergebnis- und Finanzhaushalt insgesamt über 6,6 Mio Euro. Hier enthalten sind Personalkosten für neue Stellen und VZÄ, die zur Aufgabenerledigung im Rahmen des Klimabudgets dringend benötigt werden.

Erfahrungsgemäß benötigt ein Stellenbesetzungsverfahren, einschließlich der Ausschreibung, Gespräche und Kündigungsfristen mehrere Monate. Eine Ausschreibung nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde würde zur Folge haben, dass die gewünschten Klimaschutz- und Klimaerhaltungsmaßnahmen erst in 2023 angegangen bzw. bezuschusst werden können.

Mit der Einleitung der Stellenbesetzungsverfahren vorab der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde wird angestrebt, die zugesetzten Stellen schnellstmöglich ab dem 01.07.2022 zu besetzen und somit die für 2022 festgelegten Ziele zu erreichen.

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Bestätigung der Dezernent*innen

1 April 2022

Kowol
Stadtrat